

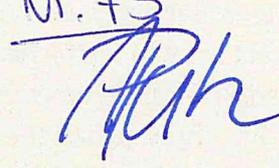
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · STADTRATSFRAKTION · Rathaus · 84028 Landshut

Stadtratsfraktion

Rathaus
Altstadt 315
84028 Landshut
Tel.: +49 (871) 88-1790
Fax: +49 (871) 88-1789
Email: fraktion.gruene@landshut.de

An die Verwaltung der Stadt Landshut
Rathaus 315
84028 Landshut



Nr. 75


Landshut, 25. Juni 2020

Gemeinsam solidarisch gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Landshut verurteilt Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und erkennt an, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen.
2. Um Rassismus, Antisemitismus und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegenwirken zu können, richtet die Stadt Landshut eine Anti-Diskriminierungsstelle ein.

Begründung:

Der gewaltsame Tod von George Floyd nach einem brutalen Polizeieinsatz in Minneapolis (USA) löste auch in Deutschland Entsetzen aus. Er macht die fortwährende und strukturelle Diskriminierung von Schwarzen und People of Color (PoC) in den USA erneut sichtbar. Unter dem Hashtag Blacklivesmatter teilten Betroffene weltweit ihre Erfahrungen mit Alltagsrassismus und riefen zu Demonstrationen auf. Auch in Deutschland haben sich viele Menschen mit den Protesten solidarisiert und ein stärkeres Vorgehen gegen Rassismus und Diskriminierung eingefordert. Dabei ist offensichtlich, dass strukturell Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus gegen Schwarze und PoC auch in Deutschland und auch in Landshut existieren. Benachteiligung bei der Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche, im Wohnungsbereich und in zahlreichen anderen Situationen des Alltags sind für viele eine oft gemachte bittere Erfahrung.

rung. Ebenso Abwertung, Ausgrenzung und rassistische Zuschreibungen im öffentlichen Diskurs. Rassistische Muster sind bis in die Mitte der Gesellschaft hinein noch immer stark verankert. Dass es von Worten auch zu Taten kommt, haben uns die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau erst kürzlich erneut vor Augen geführt. Hass und Hetze in den sozialen Medien sind allgegenwärtig. Menschen müssen unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Herkunft oder Religion, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Alters oder einer Behinderung diskriminierungsfrei leben können. Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art sind unerträglich und gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie müssen deshalb mit allen erforderlichen politischen, zivilgesellschaftlichen und juristischen Mitteln und Initiativen bekämpft werden.

Hier ist auch die Stadt Landshut gefordert. Im Frühjahr 2020 verabschiedete der Stadtrat die Resolution des Deutschen Städtetags für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Das darf kein leeres Bekenntnis sein. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause. Ein wertschätzender Umgang mit Vielfalt muss daher selbstverständlich sein. Eine Antidiskriminierungsstelle kann Menschen beraten und unterstützen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Geschlecht, sexueller Identität und/oder Alter Benachteiligungen erfahren oder von Diskriminierung bedroht sind. Sie initiiert und fördert Präventionsarbeit und leistet praktische und rechtliche Unterstützung für alle Betroffenen. Durch den Aufbau von Vernetzungsstrukturen können konkrete Hilfsangebote vermittelt werden.

Gez.
Pascal Pohl
Stadtrat

Gez.
Hedwig Borgmann
Stadträtin

Gez.
Tobias Weger-Behl
Stadtrat

Gez.
Regine Keyßner
Stadträtin

f.d.R.
Mario Gschmeidler
Fraktionsmitarbeiter

